

windenergie

Interessengemeinschaft Windkraft Österreich



 **awes** 2018

14.+15. März, Wien

Jetzt anmelden unter www.awes.at



Neue Regierung, neue Energiepolitik?

100% Strom mit Erneuerbaren bis 2030, aber mit welchen Maßnahmen?

2017 noch weniger Ausbau als in den Vorjahren

Situation der Windkraft in Österreich extrem angespannt

Deutschland verfehlt seine Klimaziele erheblich

Wie die Energiewende durch Faktenverdrehung verschleppt wird

 /igwindkraft

wilderwind

Die Kinder-Beilage zum Herausnehmen

Editorial



Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, wusste schon Hermann Hesse. Auch Österreichs Politik wohnt am Beginn einer neuen Regierung ein Zauber inne. Welcher wird dies aber auf Dauer sein? Mit der – bereits über viele Jahre diskutierten – Verlagerung der Energiekompetenzen vom Wirtschaftsministerium in das Umweltministerium ist ein erster klarer Schritt getan, der mehr als symbolische Bedeutung haben wird. Elisabeth Köstinger als neue Ministerin hält somit erstmals mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Energie- und Klimapolitik in Händen als jeder ihrer Vorgänger.

Im Regierungsprogramm ist ein klares Ziel für den Strom vorgegeben: „Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien am nationalen Gesamtverbrauch: 100% (national bilanziell) Strom aus erneuerbaren Energiequellen bis 2030.“ Um dies auch erreichen zu können, muss der jährliche Ausbau von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie allerdings um das Dreifache gegenüber dem Ausbau der letzten Jahre gesteigert werden.

Mit der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 übernimmt Österreich auch auf EU-Ebene hohe Verantwortung für die zukünftige Energie- und Klimapolitik. Unter Österreichs Vorsitz wird das umfangreiche Paket „Clean Energy for All Europeans“ mit der Neugestaltung aller energierelevanten EU-Richtlinien über Erfolg oder Misserfolg der Klima- und Energiepolitik der EU für das nächste Jahrzehnt entscheiden. Dies wird wohl eine der ersten internationalen Nagelproben der österreichischen Regierung werden. Denn wo werden die Schwerpunkte und Akzente der realen Politik liegen – in Österreich wie auch in der EU?

Eine ausgezeichnete Gelegenheit sich drüber zu informieren bietet das nächste Windkraftsymposium AWES am 14. und 15. März 2018 in Wien. ●

Stefan Moidl

Geschäftsführer der IG Windkraft

Ökostromkosten sinken weiter

Zum zweiten Mal in Folge sinken die Ökostromförderkosten.

Die neue Verordnung für die Ökostromförderkosten bringt den heimischen Haushalten eine deutliche Kosten-erleichterung. 2017 zahlte ein Haushalt in Österreich für die Ökostromförderung – unter anderem Ökostrompauschale und Ökostromförderbeitrag – bei einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden rund 100 Euro brutto. 2018 wird dieser Betrag bei rund 90 Euro brutto liegen. Nachdem bereits von 2016 auf 2017 die Ökostromkosten eines durchschnittlichen Haushaltes von 120 auf 100 Euro gesunken sind, geht die Verringerung nun also weiter auf 90 Euro.

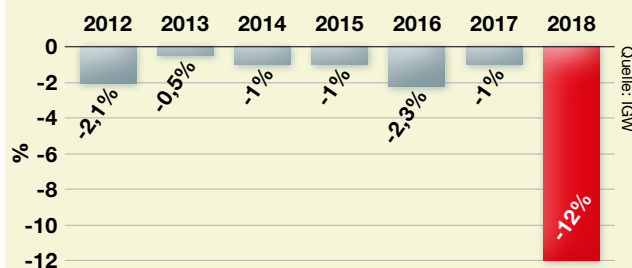
Auch die Ökostrompauschale, die alle drei Jahre neu festgelegt werden muss, wird für Haushaltkunden im Jahr 2018 sinken. Und zwar von 33 Euro pro Jahr auf 28 Euro. „Das ist für die österreichischen Stromkunden natürlich eine erfreuliche Nachricht“, freut sich auch Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand der Regulierungsbehörde E-Control. Dieser deutliche Rückgang bei den Ökostromförderkosten ergibt sich vor allem aufgrund von Mehreinnahmen der Ökostromabwicklungsstelle OeMAG in der Vergangenheit.

Sollen die Tarife in den Keller gefahren werden?

Das Wirtschaftsministerium hat einen Begutachtungsentwurf für die neuen Einspeisetarife für Ökostrom vorgelegt, der die Tarife für Windkraftanlagen für 2018 um unglaubliche 12% niedriger als 2017 ansetzen will – auf 7,88 statt derzeit 8,95 Cent/kWh. Doch das ÖSG verlangt, dass sich die Ökostromtarife „an den durchschnittlichen Produktionskosten von kosteneffizienten Anlagen, die dem Stand der Technik entsprechen“ orientieren müssen.

Ein (vom Ministerium selbst beauftragtes) Gutachten der E-Control belegt – erstmals aufgrund einer umfangreichen Datenbasis von in den letzten drei Jahren errichteten Windparks –, dass nur eine geringfügige Absenkung gerechtfertigt ist. „Die Tarife so tief abzusenken wäre jedoch politische Willkür ohne jegliche fachliche Grundlage“, kritisiert deshalb IGW-Geschäftsführer Stefan Moidl. Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass die anstehende Verordnung von den involvierten Ministern nicht mehr unterzeichnet wurde, die Entscheidung liegt also bei der neuen Regierung. ●

Reduktion der Einspeisetarife 2012–2018



Die Reduktion der Tarife 2018 um 12% würde geltendes Recht verletzen, weil die realen Kosten ignoriert werden.



Die neue Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger wird nun auch für die Energie-Agenden verantwortlich sein.

Große Erwartungen an die neue Energieministerin

Erstmals sind Energie und Umwelt in einem Ministerium vereint.

Viele Jahre wird bereits über die Zusammenlegung der Energie- und Umweltagenden in ein Ministerium diskutiert. Im neu geschaffenen „Ministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus“ wurde dies nun erstmals umgesetzt. Dem bisherigen Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft werden noch die Kompetenzen für Energie sowie für Tourismus aus dem bisherigen Wirtschaftsministerium hinzugefügt. Erste Ministerin dieses neu organisierten Nachhaltigkeitsministeriums wird Elisabeth Köstinger, langjährige EU-Abgeordnete zum Europaparlament und Kurzzeit-Nationalratspräsidentin. Als frisch angelobte Ministerin hält Köstinger damit deutlich mehr Gestaltungsmöglichkeiten für die Energie- und Klimapolitik in Händen als jeder ihrer Vorgänger.

Ziel 100% Ökostrom bis 2030

Unter dem sperrigen Titel „Zusammen. Für unser Österreich. – Regierungsprogramm 2017 – 2022“ werden auf fast 180 Seiten die Pläne der neuen Bundesregierung dargelegt. Im – hoffentlich nicht symbolträchtig gemeinten – letzten Kapitel des neuen Regierungs-

programms der türkis/blauen Kurz-/Strache-Regierung geht es über sechs Seiten um die Vorhaben im Energiebereich. Die Ausführungen zur Klima- und Energiepolitik sind verglichen mit den

„Der Schlagwortkatalog des neuen Regierungsprogramms listet auch für den Energiebereich eine Vielzahl an Vorhaben auf. Letztendlich wird aber entscheidend sein, ob dafür in den nächsten Monaten auch konkrete und zielführende Maßnahmen auf den Tisch gelegt werden.“

*Stefan Moidl,
Geschäftsführer IG Windkraft*

Regierungsprogrammen der letzten Jahrzehnte doch recht detailreich und im Strombereich mit einem anspruchsvollen Ziel versehen.

Enthalten ist für Strom eben eine „Klare Zieldefinition für die Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien am nationalen Gesamtstromverbrauch: 100% (national bilanziell) Strom aus erneuerbaren Energiequellen bis 2030.“ Ebenso sind Ansagen wie „mittelfristiger Ausstieg aus Kohle bei der Strom-

versorgung in Österreich“, „Anti-Atomkraft-Politik auch auf EU-Ebene“ oder „Ausbau heimischer Ressourcen statt Energieimporte“ zu finden. Auch eine „Evaluierung bestehender Förderinstrumente für erneuerbare Energien und darauf aufbauend stärkere Orientierung an marktwirtschaftlichen Kriterien“ sind darin vorgesehen.

Viel ist im Programm auch von „Klimazielen“, „integrierter Klima- und Energiestrategie“, „klimaneutraler Transformation des Energiesystems“ und ähnlichem die Rede. Messbare Zielsetzungen etwa bei der CO₂-Emission fehlen aber völlig, ebenso wie ein Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen. Dies ist wohl ein türkises Zugeständnis gegenüber der FPÖ, die ja im Nationalrat nicht für die Ratifizierung des Pariser Abkommens gestimmt hat.

Neues Energiegesetz

Für die Reform der Ökostromförderung wird ein neues Österreichisches Energiegesetz in Aussicht gestellt. Damit sollen „mehr erneuerbare Energien und gleichzeitig kosteneffizient mehr Strom für jeden Förder-Euro“ erzielt werden. Mit dem neuen Gesetz sollen

Regierungsprogramm 2017 – 2022

- Reform der Ökostromförderung: Österreichisches Energiegesetz neu
 - Reform der Ökostromförderung, um mehr erneuerbare Energien und gleichzeitig kosten-effizient mehr Strom für jeden Förder-Euro zu erzielen
 - Umsetzung der neuen europarechtlichen Vorgaben, insbesondere des EU-Beihilfenrechts, der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie und des neuen Strommarktdesigns
 - Fokus auf Marktprämien und Investitionsförderungen unter Einbeziehung von Ausschreibungsmodellen mit dem Ziel, die Effizienz zu erhöhen. Bedarfsorientierte und kosteneffiziente Ausbaupfade für erneuerbare Energien

die „europarechtlichen Vorgaben, insbesondere des EU-Beihilfenrechts der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie und des neuen Strommarktdesigns“ umgesetzt werden. Es soll einen „Fokus auf Marktprämien und Investitionsförderungen unter Einbeziehung von Ausschreibungsmodellen mit dem Ziel, die Effizienz zu erhöhen“ geben. Ebenso sind „bedarfsorientierte und kosteneffiziente Ausbaupfade für erneuerbare Energien“ angekündigt.

Schlecht kopieren schadet

Der Teufel liegt allerdings wie immer im Detail und im nicht ganz freien Spiel der Kräfte. Liest man den Text aufmerksam, dem so manche politisch-neutrale Distanz zu offensichtlichen Einzelinteressen fehlt, könnte man den Satz zu Fördersystemen auch als Indiz für mangelnde Distanz zu Einflüsterern werten. Es bleibt zu hoffen, dass hier in Zukunft nicht noch mehr aus schlechten Quellen kopiert wird.

In Österreich gab es – ebenso wie in den anderen EU-Staaten – stets technologiespezifische Ausformungen der Fördersysteme für die einzelnen Energietechnologien. Auf der Basis des

„Jetzt gilt es durch eine ambitionierte Klima- und Energiestrategie, das angepeilte Ziel von 100% erneuerbare Energiequellen am Gesamtstromverbrauch bis 2030 sicherzustellen.“

**Peter Puspök, Präsident
Erneuerbare Energie Österreich**

Regierungsprogrammes lässt sich gut ein fachlicher Prozess für die Neugestaltung des Fördersystems aufsetzen. Dabei wird wohl noch zu diskutieren sein, ob zum Beispiel Ausschreibungen bei Windkraft am österreichischen Markt effektiv und effizient sein können – was auf Grund der herben Erfahrungen in anderen Ländern derzeit intensiv

in Zweifel zu ziehen ist. Ob die Regierung im Energiesektor gar ein „Testfeld Österreich“ einrichten will, sollte man begründet hinterfragen.

Spannend ist im Kapitel „Bürokratieabbau, Strukturen straffen“ – neben einigen interessanten Vorschlägen zur Straffung von Strukturen und zu Bewilligungsverfahren – die klare Ansage für eine „Bundesgesetzgebungskompetenz für Energierecht“. Wie ausgeführt wird: „Derzeit gibt es die Notwendigkeit von Verfassungsbestimmungen selbst bei sehr kleinen inhaltlichen Änderungen eines Energiegesetzes. Daher soll eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Energierecht geschaffen werden, wodurch neun Landesgesetze eingespart werden können, die ohnedies nur ausführenden Charakter haben.“ Mit dieser einmaligen Veränderung der österreichischen Verfassung, die bisher die Energieagenden bei den Ländern vorsieht, wäre auch der Entfall des Erfordernisses einer Zweidrittelmehrheit für eine Änderung des Ökostromgesetzes verbunden. Nach dieser Veränderung wären alle gesetzlichen Bestimmungen zum Ökostrom mit einfacher Mehrheit erschließbar.

Maßnahmen entscheiden

Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, wie uns schon Hermann Hesse wissen ließ. Auch Österreichs Politik wohnt am Beginn einer neuen Regierung ein hoffnungsfroher Zauber inne. Zu hoffen ist, dass dieser Zauber des Anfangs in der Folge in der raschen und konkreten Umsetzung von zielführenden Maßnahmen zu spüren ist. ●

IG WINDKRAFT ON SOCIAL MEDIA

Über 4.000 Fans auf unserer Facebook-Seite – jetzt Fan werden:
facebook.com/igwindkraft

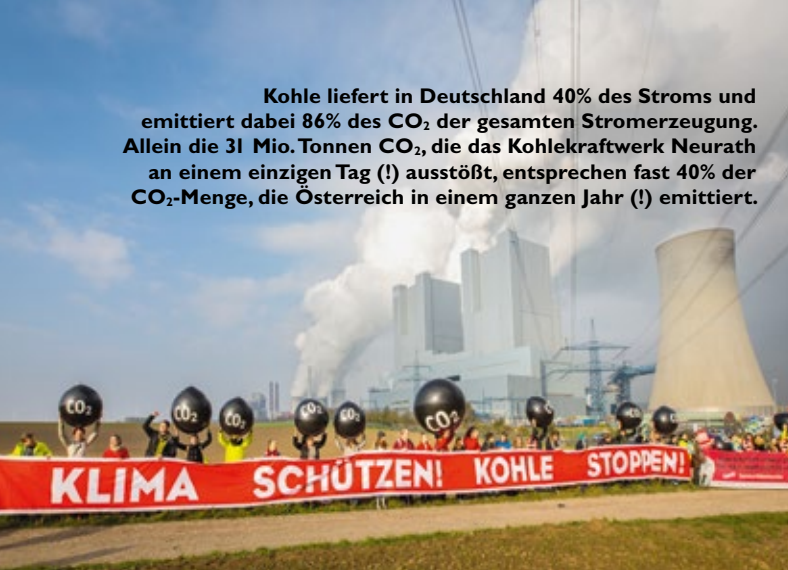


Spannende Windkraft-Fotos
finden auf:
instagram.com/igwindkraft

Immer auf dem Laufenden –
mit unserem Twitter-Stream:
twitter.com/igwindkraft



Kohle liefert in Deutschland 40% des Stroms und emittiert dabei 86% des CO₂ der gesamten Stromerzeugung. Allein die 31 Mio. Tonnen CO₂, die das Kohlekraftwerk Neurath an einem einzigen Tag (!) ausstößt, entsprechen fast 40% der CO₂-Menge, die Österreich in einem ganzen Jahr (!) emittiert.



Energiewende in Deutschland wird verschleppt

Noch immer zu viel Strom aus dem fossil-atomaren Komplex.

Noch vor wenigen Jahren galt Deutschland als Pionier der Energiewende. Doch dieser Ruf hat inzwischen stark gelitten. Nach einem internen Papier des Bundesumweltministeriums wird das Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40% zu senken, deutlich verfehlt und nur ein Minus von 32,5% erreicht werden.

Das angestrebte 40%-Ziel ist deshalb in weiter Ferne, weil Deutschland zwar den Ausbau der erneuerbaren Energien intensiv betrieben hat, dafür aber in anderen für die Energiewende ausschlaggebenden Bereichen überhaupt keine Maßnahmen gesetzt hat. Der wohl größte Brocken sind die 139 Kohlekraftwerke, die noch immer – befreit von allen Umweltkosten, die sie verursachen – im Vollbetrieb jede Menge CO₂ produzieren. Noch gar nicht begonnen wurde die Ökologisierung des Transportwesens und auch die Wärmenetze lässt weiter auf sich warten.

Absurde Energiepolitik

Umso absurder muten jene Wortmeldungen an, die für diese Verschleppung der Energiewende sogar noch die Erneuerbaren selbst verantwortlich machen wollen. Zu viel Strom von Erneuerbaren sei in den Netzen, wird behauptet, dass aber die Stromerzeugung noch immer von 40% Kohlestrom und insgesamt 70% Strom aus dem fossil-atomaren Komplex dominiert wird, soll elegant unter den Verschleierteppich gekehrt werden (s. Seite 6-7). Immerhin hat die deutsche Bundesregierung bereits 2007 ihre Ziele definiert, bis 2050 den Gesamtenergiebedarf (Strom, Wärme und Mobilität) um 50% zu verringern und davon dann 60% mit Erneuerbaren zu erzeugen.

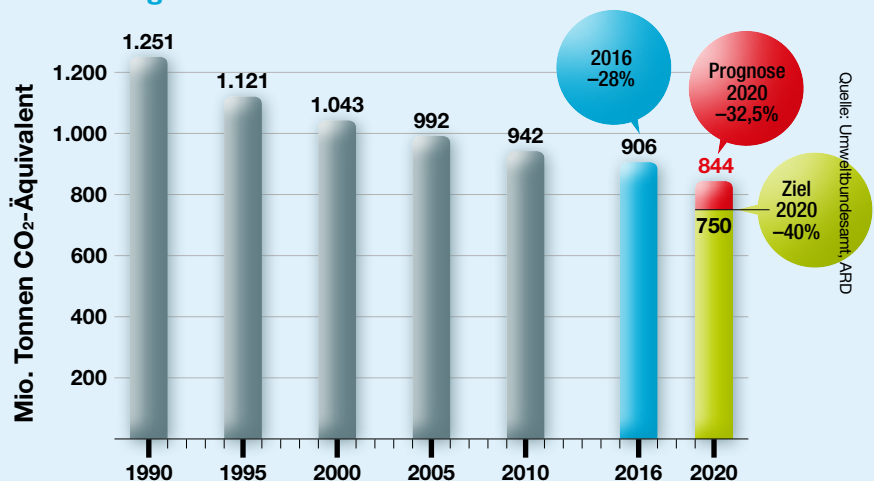
Craig Morris, Senior Fellow am Institute for Advanced Sustainability

Studies in Potsdam, arbeitet daran, jene Mythen rund um die Energiewende zu entlarven, die den Blick auf die Tatsachen verstellen. Faktenfrei wird gern behauptet, Atom- und Kohleausstieg würden die Stromversorgung gefährden. Morris dagegen weist darauf hin: „Noch vor dem Beschluss des Atomausstiegs forderte die Energiewirtschaft eine Leistungsreduktion um rund 10 GW, weil die Überkapazität die Stromnetze zu sehr belastete. Als dann 2011 rund 10 GW AKW-Leistung abgeschaltet wurden, hat die Stromversorgung in Deutschland überhaupt nicht darunter gelitten und es gab auch keine Stromausfälle. Im Gegenteil: Deutschland und Dänemark haben die wenigsten Minuten an Stromausfällen pro Jahr. Das Wichtigste ist ein stabiles Stromnetz. Dänemark kann aus Windkraft sogar 40% des Jahresstromverbrauchs ohne Probleme einspeisen.“

Anstatt aber den mittlerweile von allen Experten geforderten Kohleaus-

stieg mit Nachdruck anzugehen, hat die Bundesregierung vor einem Jahr das EEG 2017 verabschiedet, das den Ausbau der Erneuerbaren sogar noch stark einbremst statt zu steigern. Bei der Windenergie liegt der angestrebte Ausbaukorridor um 50% unter den Ausbauraten der letzten Jahre. Diese Vollbremsung bei den Erneuerbaren missachte die offiziellen Ziele und verschleppe die Energiewende, sagt Morris: „In Deutschland wurde gerade dem seit vielen Jahren bestehenden marktbasierten Prämienmodell eine Ausschreibung vorgeschaltet. Das hat zur Folge, dass zwei Drittel der Gebote bei den Ausschreibungen abgelehnt werden. Viel wird jetzt von den niedrigen Preisen geredet, man verschweigt aber, dass man viel schneller zubauen könnte. Die Ausschreibungen dienen also vor allem dazu, die Energiewende deutlich zu verlangsamen, das angestrebte Ziel wird damit aber sicherlich nicht erreicht werden.“ ●

Treibhausgas-Emissionen in Deutschland 1990-2016



Wie das Bundesumweltministerium prognostiziert, wird bis 2020 die Reduktion um minus 40% deutlich verfehlt werden und nur minus 32,5% ausmachen.



Strom-Fakten richtiggestellt

Kohlekraftwerke verursachen Deutschlands Stromüberschuss.

Eines der Unwörter der Ära Trump ist die Formulierung „alternative Fakten“. Trumps Berater haben sie erfunden, um unwahren Behauptungen den Anschein von Realität zu geben. Doch die USA haben kein Monopol auf diesen verwirrenden Kommunikationstrick.

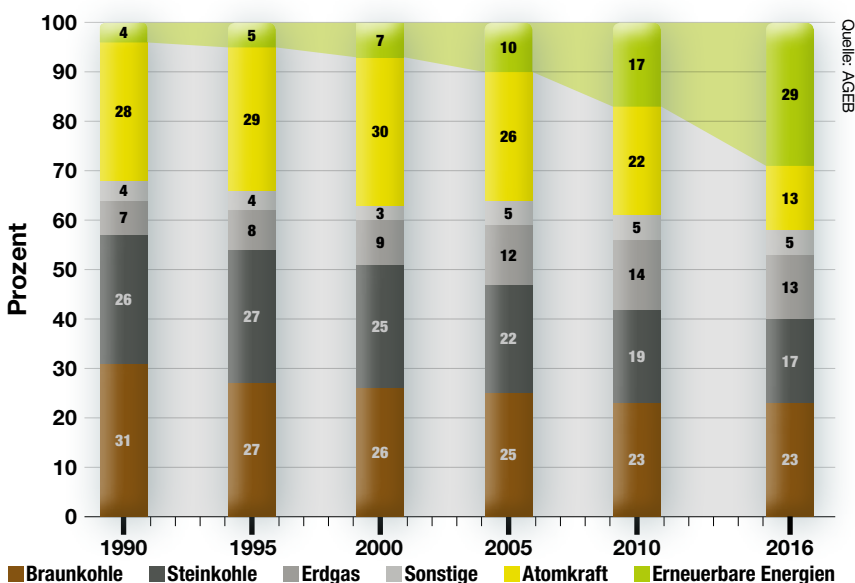
Die Stromexporte Deutschlands sind in den letzten Jahren explosionsartig angestiegen – in den letzten fünf Jahren haben sich diese fast verzehnfacht. In diesem Zusammenhang wird immer wieder von „Überschussstrom“ geredet. Dieser und damit die hohen

Exporte werden der schwankenden Stromerzeugung aus Solar- und Windkraftwerken angelastet. Das nun aber sind „alternative Fakten“ pur.

Mittlerweile hat sich eine der wahren Situation angemessene Sichtweise durchgesetzt. Noch immer kommen in Deutschland rund 70% des Stroms aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken, dagegen stammen rund 30% von erneuerbaren Energien. Der Stromüberschuss ist dabei in erster Linie auf die seit 2009 konstant gebliebene Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle zurückzu-

führen. 2016 betrug diese 262 TWh, davon entfielen 150 TWh auf die Braunkohle und 112 TWh auf die Steinkohle. Die erneuerbaren Energien haben im selben Zeitraum ihre Strommenge auf 188 TWh verdoppelt. Der Stromüberschuss ist die Folge dieser Konstellation. Kohlekraftwerke produzieren Strom, egal ob er gerade gebraucht wird oder nicht. Der Strommarkt gibt ihnen kein Signal abzuschalten. So ist derzeit die paradoxe Situation gegeben, dass, wenn Deutschland zu viel Strom erzeugt, die erneuerbaren Energien abgeregelt werden, wohingegen die Kohle- und auch die letzten Atomkraftwerke munter weiter Strom erzeugen.

Bruttostromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern



Noch immer kommen in Deutschland 70% des Stroms aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken, dieser Überschuss darf nicht den Erneuerbaren angelastet werden.

Zusätzlicher Klimaschutz

Der Stromüberschuss kommt daher im Wesentlichen durch die im Dauerbetrieb fahrenden Kohlekraftwerke zustande. Das sagen heute nicht mehr nur unabhängige Experten und Wissenschaftler, mehrere NGOs und die Grünen, zu diesem Schluss sind mittlerweile auch die Bundesregierung, das Bundeswirtschaftsministerium, die Bundesnetzagentur, das Umweltbundesamt etc. gekommen.

Vor Jahren hat die deutsche Bundesregierung sich das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass dieses Ziel weit verfehlt werden wird (siehe Seite 5) und zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen dringend

erforderlich sind. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie über nachhaltige Kraftwerksentwicklung in Deutschland vorrechnet, muss 2020 voraussichtlich eine zusätzliche Menge von etwa 70 Millionen Tonnen CO₂ reduziert werden.

Da die Kohlekraftwerke für ihre CO₂-Emissionen nach wie vor nicht mit adäquaten Kosten belastet werden, laufen sie seit geraumer Zeit auf Hochtouren und stehen damit den deutschen Klimaschutzambitionen massiv im Weg. Die Stromerzeugung ist in Deutschland für rund 37% aller CO₂-Emissionen verantwortlich, für 32 dieser 37% allein die Kohleverstromung – für 20% die Braunkohle, für 12% die Steinkohle.

Kohleausstieg gefordert

Deutschland hat also vor allem einen Überschuss an konventionellem Strom. Und was geschieht damit? Da dafür im Inland keine Verwendung ist, muss er exportiert werden. Im Jahr 2000 importierte Deutschland noch 3,1 TWh Strom, seither geht es in die andere Richtung. In den letzten Jahren setzte dann die wundersame Kohlestromvermehrung ein. 2016 wurden

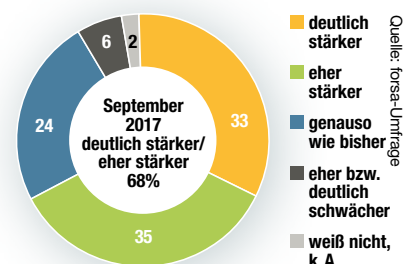
bereits 55,5 TWh exportiert (das sind etwa zwei Drittel des gesamten jährlichen Stromverbrauchs in Österreich). Von immer mehr Seiten wird daher gefordert, aus der Kohleverstromung auszusteigen, alte behindernde Strukturen abzubauen und den erneuerbaren Energien Platz zu machen.

Das von Union und FDP gebetsmühlenartig vorgebrachte Argument, die Versorgungssicherheit sei gefährdet, wenn Kohlekraftwerke abgestellt würden, wird allorts widerlegt. Selbst das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur gehen davon aus, dass, wenn Kohlekraftwerke mit einer Kapazität von 7 GW stillgelegt werden, die Versorgungssicherheit nicht gefährdet ist. Ganz im Gegenteil meinen sie in einem aktuellen Expertenpapier: „Der Großteil der Kohlekraftwerke hat heute eine belastende Wirkung auf das Netz (...) Eine Stilllegung von Kohlekraftwerken könnte die Versorgungssicherheit sogar steigern.“

Auch das Umweltbundesamt fordert nachdrücklich einen beschleunigten Kohleausstieg, betont jedoch, dass folgerichtig die Ausbaupfade für PV und Windkraft auf mindesten 4 GW jährlich

Klares Ja der Bevölkerung für die Energiewende

Die zukünftige Bundesregierung sollte sich für die Umsetzung der Energiewende in Zukunft einsetzen ...



Laut einer aktuellen Umfrage wollen zwei Drittel der Deutschen, dass sich die neue Bundesregierung wesentlich stärker für die Energiewende einsetzt als bisher.

erhöht werden müssten – derzeit beträgt der Ausbaukorridor 2,5 GW jährlich. Ab Mitte der 2020er Jahre seien dann allerdings weitere Erhöhungen notwendig. Das Programm der kommenden deutschen Bundesregierung wird daher ganz entscheidend sein, ob ein Durchstarten der lahmenden Energiewende gelingen kann. ●



Platz 1 in Österreichs Stromranking

Echter Grünstrom

In der Stromanbieter-Reihung von GLOBAL 2000 und WWF liegt die W.E.B. an der Spitze. Wer W.E.B. Grünstrom nutzt, schafft einen Baustein dafür, das Klima zu schützen und diesen Planeten ein Stück besser zu machen.

Sie haben Interesse? Kontaktieren Sie uns!

Tel.: 02848 6336 – 56
web-gruenstrom@windenergie.at
www.web-gruenstrom.at



Österreich muss Flagge zeigen

Auch ein kleines Land kann viel bewirken, wenn es nur will.

Im zweiten Halbjahr 2018 wird Österreich den Vorsitz im Rat der EU innehaben. Wir haben den Politologen Ulrich Brand um seine Einschätzung gefragt, welche klima- und energiepolitischen Entwicklungen Österreich in dieser Funktion voranbringen könnte.

Welche politischen Akzente kann ein Land während seiner EU-Ratspräsidentschaft setzen?

Ulrich Brand: Die EU-Präsidentschaft bedeutet für das jeweilige Land vor allem, die komplizierten politischen Prozesse zu moderieren. Viel Raum für eigene Akzente ist dann nicht mehr, die müssten schon im Vorfeld gesetzt werden. So manche Mitgliedstaaten wollen sich profilieren, ohne sich aber zu weit aus dem Fenster zu lehnen. Ein zentrales Thema Österreichs könnte und sollte der Strom aus erneuerbaren Energien sein. Da der bisherige österreichische Außenminister und künftige Kanzler aber für eine restriktive Flüchtlings- und Migrationspolitik steht, wird er eher dieses Thema bedienen.

Welche Aufgabe könnte Österreich speziell für die Klima- und Energiepolitik übernehmen?

Wenn Sie mich nach dem Notwendigen fragen: einen Prozess moderieren, der insbesondere im Verkehrsbereich auf

eine deutliche Reduktion abzielt. Das betrifft vor allem den Alltagsverkehr, der ja aufgrund der immer größer werdenden Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort weiter zunimmt. Österreich hängt in der Verkehrspolitik ziemlich hinterher. Dazu kommt Verkehrsverlagerung weg vom Auto und hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Das Elektroauto allein wird nicht reichen angesichts der Jahrhundertaufgabe, unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren.



Ulrich Brand, Markus Wissen: „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“, oekom-Verlag 2017

Warum reicht das nicht?

Autos benötigen zum einen sehr viel Platz, zum anderen immer noch sehr viele Rohstoffe. Europa muss vorangehen beim Umbau dessen, was ich mit Markus Wissen als „imperiale Lebensweise“ bezeichne. Der alltägliche und selbstverständliche Zugriff auf die billigen Ressourcen und Arbeitskräfte der Welt muss verändert werden. Das geht nicht mit Automobilität.

Welche weiteren klima- und energiepolitischen Themen sollte die österreichische Bundesregierung dringend einbringen?

Im Bereich der Stromerzeugung sollte es um den Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleverstromung sowie um den weiteren Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien gehen. Die aktuelle Debatte um die Kosten der Ener-

gieewende ist schädlich, weil damit die notwendigen Fördersysteme für den Ausbau unter Druck geraten. Die fossilen Energien werden immer noch zu hoch subventioniert. Und es muss dringend der Flugverkehr in Europa und weltweit reduziert werden.

Welches Potenzial sehen Sie im Clean Energy Package, dem heiß diskutierten Winterpaket der EU-Kommission?

Das Paket wird ja im Rahmen der sogenannten „Energieunion“ diskutiert. Dass sich die Kommission im Rahmen des von Ihnen genannten Pakets, das seit gut einem Jahr diskutiert wird und Ende 2018 verabschiedet werden soll, zum Einspeisevorrang für erneuerbare Energien in das Stromnetz verpflichtet, halte ich für wichtig. Und auch dass Energieeffizienz und Gebäudesanierung einen hohen Stellenwert erhalten. Nun geht es darum, dass die guten Aspekte nicht von der Lobby der Stromkonzerne verwässert werden und dass ein ambitionierter Fahrplan für den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern vereinbart wird. Da dieses Paket während der Ratspräsidentschaft Österreichs verabschiedet werden wird, muss die Bundesregierung hier eine klare Position beziehen und Verantwortung übernehmen. Außerdem halte ich die Politik der EU, prioritär mit dem Ziel der „Energiesicherheit“ auf einen gemeinsamen Energiemarkt zu setzen, in dem Öl und Gas aus der Nordsee, Kohlestrom aus Deutschland und Osteuropa und Strom aus Erneuerbaren aus unterschiedlichen Ländern kommen, dann für gefährlich, wenn die dezentrale Produktion erneuerbarer Energie nicht an erster Stelle steht. Große Infrastrukturen zum Stromtransport quer durch Europa sind nicht die beste Lösung für die Energiewende. Wir sind dann rasch bei Machtfragen, Investitionen und Profiten – da steigt die Umwelt nie gut aus. ●



Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien.



Wir denken in Generationen.



Wir übertragen die Verantwortung
an die nächste Generation.

Economic **W**ind power **S**olutions
Höchste Standards in allen Projektphasen
Nachhaltiger Mehrwert für unsere Kunden

ews-consulting.com



13. ÖSTERREICHISCHES WINDENERGIE-SYMPOSIUM
14. + 15. MÄRZ 2018 IN WIEN



Von Experten für Experten

Das AWES 2018 informiert über den Umbau des Energiesystems.

Die EU-Kommission arbeitet an einer Umgestaltung des europäischen Energiemarktes. Wenn Österreich im zweiten Halbjahr 2018 die EU-Ratspräsidentschaft ausüben wird, werden wichtige, auf Jahrzehnte richtungsweisende Entscheidungen getroffen. In Österreich selbst sind wir in den nächsten Jahren mit einer Bundesregierung in neuer Konstellation konfrontiert, deren tatsächliche energiepolitische Ambitionen noch nicht im Detail einschätzbar sind. Das AWES 2018 wird die Plattform bieten, die Entwicklungen der nächsten Jahre intensiv zu diskutieren und Wegweiser aufzustellen.

Am ersten Tag werden sich die ReferentInnen mit der Situation der Energiewende in Österreich und in der EU auseinandersetzen. Namhafte ExpertInnen werden darlegen, welche Weichenstellungen für den Umbau des Energiesys-

tems in Österreich notwendig sind. Als Keynote Speaker wird Stefan Rahmstorf über den aktuellen Stand des Klimawandels berichten. Rahmstorf ist Leiter des Forschungsbereichs Erdsystemanalyse am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und weltweit anerkannter Klimaforscher.

Wer sich für klare Lösungsansätze interessiert, wird speziell am zweiten Tag auf seine Rechnung kommen. Dann nämlich, wenn technologische Trends und neueste Lösungen in der Windkraft-Technologie aufgezeigt werden. Alles in allem ist das AWES 2018 an einer schwierigen Weggabelung angesiedelt. Die nächsten Monate werden zeigen, ob der Umbau des Energiesystems in Österreich und in der EU endlich in die Gänge kommt oder der alte fossil-atomare Komplex sich neuerlich aufbäumen kann. ●

Programm-Highlights

AWES – Informationen, Antworten und Netzwerk zur österreichischen und europäischen Energiewirtschaft.

TAG 1

14. März 2018 | 10 bis 18 Uhr

- Keynote: Stefan Rahmstorf, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
- Europäische Energiewende und Österreich
- Der Weg zur österreichischen Energiewende
- Umbau des Energiesystems in Österreich

TAG 2

15. März 2018 | 9 bis 17 Uhr

- Technologische Trends für den Systemumbau
- Neueste Lösungen in der Windkraft-Technologie
- Herausforderungen für die Windbranche
- Soziale Aspekte der Energiewende
- Vogel- und Fledermaus-Schutz – mit Windrädern leben

Anmeldung online auf:
www.awes.at
Nutzen Sie bis 31.1.2018
den Frühbucher-Bonus!



Nach Paris: Bekommen wir die Klimakrise noch in den Griff?

Neue globale Temperaturrekorde in den Jahren 2014, 2015 und 2016, steigender Meeresspiegel und eine nicht abbreißende Folge von Wetterextremen – wie sehen die neuesten Daten zur globalen Erwärmung aus? Wurden bereits Kipp-Punkte des Klimasystems überschritten? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Fluchtursachen? Und was bedeutet das Pariser Klimaabkommen? Lässt sich die globale Erwärmung überhaupt noch deutlich unterhalb der 2-Grad-Grenze halten und wie rasch müssen dazu die weltweiten Emissionen auf null heruntergefahren werden?

Antworten auf diese und andere Fragen wird Stefan Rahmstorf, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, als Keynote Speaker beim AWES 2018 geben.

Österreichs Windkraft-Landschaft 2017

Ende 2017 erzeugen in Österreich 1.260 Windkraftwerke mit einer Leistung von 2.844 MW sauberen Windstrom.

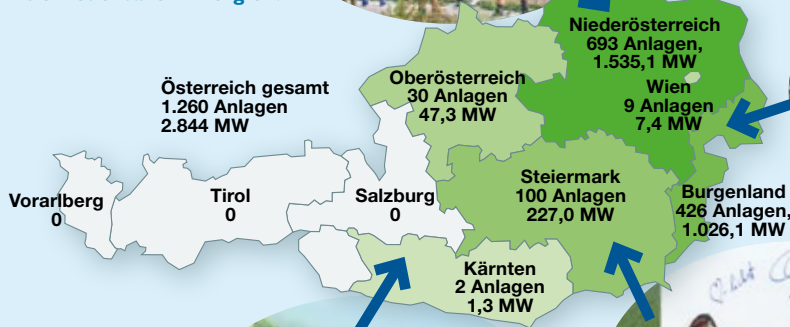
10.000

Erfolgsgeschichte mit Hilfe von privaten Investitionen Fast zwei Drittel der 2017 neu errichteten Windkraftleistung entstanden in **Niederösterreich**. Mehr als die Hälfte der österreichischen Gesamtleistung ist in **NÖ** zu Hause. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Bevölkerung: 60% aller NÖ-Windkraftanlagen sind in privater Hand, rund 10.000 Personen haben dort in die Windenergie investiert. Die Großwasserkraft eingerechnet, erzeugt NÖ bereits 100% seines Stroms mit erneuerbaren Energien.



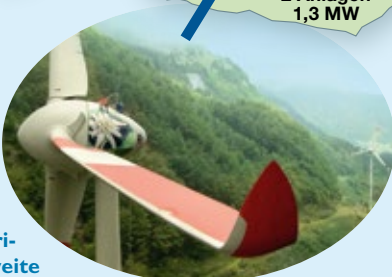
1.000

Pionier und Windstrom-Lieferant Weltumseglerin Laura Dekker hat ein Windrad im Windpark Pama auf den Namen ‚Laura‘ getauft und damit symbolisch den Meilenstein von 1.000 MW Windkraft im **Burgenland** markiert. Das freute auch Energie-Burgenland-Vorstand Michael Gerbavits und Landeshauptmann Hans Niessl. Mittlerweile erzeugt das Burgenland 140% seines Stromverbrauchs mit erneuerbaren Energien und versorgt auch die nahegelegene Bundeshauptstadt Wien mit Ökostrom.



2

Zweites Windrad in Kärnten Nach 20 Jahren konnte in Kärnten wieder ein Windrad errichtet werden. Mit seiner künstlerischen Bemalung ist das zweite Windrad am Plöckenpass ein auffälliges Wahrzeichen für die saubere Windstromproduktion. Möglich wurde es durch die Hartnäckigkeit des Kärntner Windkraftpioniers Wilfried Klauss, Geschäftsführer der AAE Naturstrom. Klauss bedauert allerdings, dass mit den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen in **Kärnten** selbst das Minimalziel von 50 Windrädern nicht zu schaffen sei.



100

Speed Queen tauft 100. Windrad In den letzten fünf Jahren konnte die steirische Windkraftleistung weit mehr als vervierfacht werden und beträgt nun 227 MW. Der letzte Streich gelang mit dem 39-MW-Windpark auf der Handalm, einem der höchstgelegenen Windparks in Europa. Dort wurde auch das 100. Windrad in der **Steiermark** errichtet. Grund genug für Renate Götschl, die steirische „Speed Queen“ des Wintersports, vorbeizuschauen und dieses auf den Namen ‚Renate‘ zu taufen.

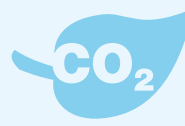
Die österreichischen Windkraftwerke ...



... erzeugen jährlich über **6,1 Milliarden Kilowattstunden Strom**, das sind rund 10% des gesamten Stromverbrauchs. *)



... liefern damit Strom für mehr als **1,75 Millionen Haushalte** (das sind rund 46% aller Haushalte Österreichs).



... vermeiden damit jährlich **3,9 Millionen Tonnen CO₂** – das ist ungefähr so viel CO₂, wie 1,7 Millionen PKW ausstoßen (das sind 35% aller PKW Österreichs).

*) Wenn alle Windkraftwerke am Netz und ein volles Jahr in Betrieb sind. Bezogen auf den elektrischen Endenergieverbrauch 2016 lt. Statistik Austria.

Wohin geht die Reise der Windkraft?

Nach wie vor ist die österreichische Politik schaumgebremst unterwegs.



Mit nur 63 neu errichteten Windrädern und einem Leistungszubau von 195,6 MW ist 2017 das schwächste Ausbaujahr in Österreich seit der Neufassung des Ökostromgesetzes 2012, meilenweit entfernt vom Spitzenjahr 2014 mit über 400 MW. Selbst der Tiefstand von mageren 75 neuen Anlagen im Jahr 2016 wurde noch unterboten. Insgesamt drehen sich Ende 2017 nun die Rotoren von 1.260 Windkraftwerken mit einer Gesamtleistung von 2.844 MW. Damit können jährlich rund 6,1 Milliarden Kilowattstunden Windstrom erzeugt und rund 10% des hiesigen Stromverbrauchs gedeckt werden – das ist Strom für rund 46% aller österreichischen Haushalte.

Auch nach der Verabschiedung der kleinen ÖSG-Novelle ist die Situation der heimischen Windkraft extrem angespannt. Der ursprüngliche Entwurf der Novelle sah für die Windkraft gar keine Maßnahmen vor. Anträge für 110 Anlagen waren sogar massiv bedroht, Ende 2018 ersatzlos zu verfallen.

Letztendlich konnte eine Erstreckung der Verfallsfrist für Anträge von drei auf fünf Jahre und eine Verlängerung der Errichtungsfrist von drei auf vier Jahre erreicht werden. Die Warteschlange bei der OeMAG ist aber mittlerweile auf 1.060 MW angewachsen. Die mit der Novelle bereitgestellten zusätzlichen Mittel werden davon in den kommenden Jahren den Bau von

350 MW möglich machen, allerdings müssen die Betreiber dafür je nach Reihungszeitpunkt Tarifabschläge zwischen 7% und 12% in Kauf nehmen.

Alle Anlagen in der Warteschlange haben alle erforderlichen Genehmigungen und könnten sofort gebaut werden. Auf Jahre hinaus sind jetzt allerdings die Förderkontingente für die Windkraft allein mit der Warteschlange voll ausgeschöpft. Nach momentanem Stand der Dinge kann der Ausbau der Windkraft daher nur schaumgebremst erfolgen. Für neue Projekte bietet das Ökostromgesetz derzeit gar keine Perspektive.

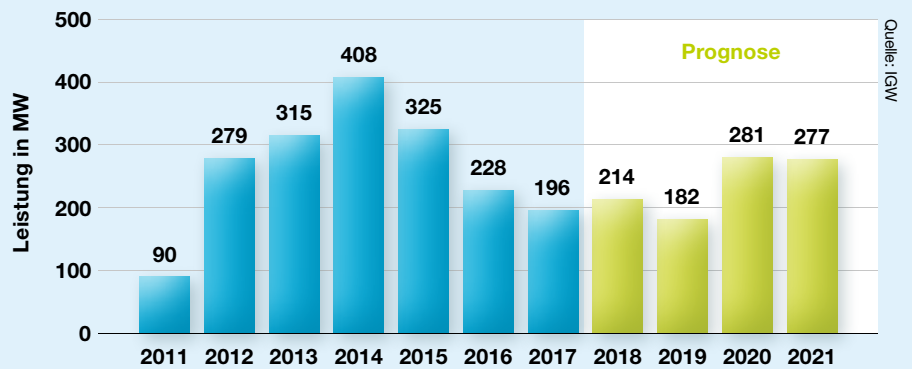
Um allerdings bis 2030 in Österreich 100% Strom aus erneuerbaren Energien zu schaffen, bräuchten wir

Windkraftausbau in Österreich 2017

Betreiber	Standort	Bezirk	Anlagentyp	Anzahl	MW gesamt
Allianz	Andlersdorf-Orth	Gänserndorf	Enercon E-101	10	30,0
Allianz	Paasdorf-Lanzendorf II	Mistelbach	Senvion 3.2M114	5	15,9
EVN - Wien Energie	Oberwaltersdorf	Baden	Vestas V112	6	19,8
Wien Energie	Andlersdorf	Gänserndorf	Enercon E-101	3	9,0
ImWind	Loidesthal	Gänserndorf	Vestas V126	8	26,4
Ökoenergie	Großengersdorf II	Mistelbach	Senvion 3.2M114	4	12,7
Gugelwind GmbH	Gugelberg	Mistelbach	Vestas V112	3	9,9
Summe Niederösterreich				39	123,6
Energie Steiermark	Handalm	Deutschlandsberg	Enercon E-82	13	39,0
Chorus Clean Energy AG	Herrenstein	Weiz	Vestas V112	6	20,0
Summe Steiermark				19	59,0
Energie Burgenland / Haider	Pama Süd	Neusiedl am See	Enercon E-101	3	9,2
oekostrom AG	Pama II	Neusiedl am See	Enercon E-101	1	3,1
Summe Burgenland				4	12,2
Elektrizitätswerk Plöcken GmbH	Plöckenpass II	Hermagor	Enercon E-53	1	0,8
Summe Kärnten				1	0,8
Österreich Ende 2016				1.197	2.648,5
Zubau 2017				63	195,6
Österreich Ende 2017				1.260	2.844,1



Jährlich in Österreich zugebaute neue Windkraftleistung



Da die Projekte der Warteschlange die Förderkontingente der OeMAG auf Jahre hinaus belegen, kann der Ausbau der Windkraft nur schaumgebremst erfolgen.

einen Windkraftausbau von zumindest 300 MW pro Jahr. Wird dieser in den nächsten fünf Jahren durch das Ökostromgesetz auf 200 MW im Schnitt begrenzt, muss der Ausbau in den folgenden Jahren umso größer sein.

Unter diesen schwierigen Bedingungen außerordentlich zu respektieren sind alle Projekte, die die Betreiber 2017 dennoch umsetzen konnten. Mehrere große Windparks entstanden

in Niederösterreich, das mit 123,6 MW allein 63% der Jahresleistung ans Netz brachte. Kräftige Lebenszeichen kamen auch aus der Steiermark, wo auf der Handalm der größte Einzelprojekt im Jahr 2017 sowie mit dem Windpark Herrenstein ein weiteres Projekt im alpinen Bereich errichtet wurden.

Für 2018 wird ein Zubau von ähnlichem Umfang prognostiziert. Wieder wird Niederösterreich das treibende

Bundesland sein, rund zwei Drittel der neuen Leistung werden dort errichtet werden. Auf moderatem Niveau entsteht auch im Burgenland wieder Bewegung, spannend wird das Repowering im steirischen Tauernwindpark sein. Wohin die Reise der Windkraft in Österreich geht, wird letztlich an den Maßnahmen ersichtlich werden, mit denen die neue Regierung ihren Schlagwortkatalog umzusetzen gedenkt. ●

Windkraftausbau in Österreich 2018 (Prognose)

Betreiber	Standort	Bezirk	Anlagentyp	Anzahl	MW gesamt
evn naturkraft	Sommerein	Bruck an der Leitha	Vestas V112/V126	10	33,0
evn naturkraft	Gänserndorf West Repowering	Gänserndorf	Vestas V100	3	6,0
Windkraft Simonsfeld	Kreuzstetten IV	Mistelbach	Senvion 3.2M114	7	22,2
Windkraft Simonsfeld	Dürnkrot-Götzendorf III	Gänserndorf	Senvion 3.2M114	4	12,7
ContourGlobal	Scharndorf IV	Bruck an der Leitha	Senvion 3.2M114	4	12,7
			Enercon E-101	1	3,1
WEB Windenergie	Dürnkrot-Götzendorf III	Gänserndorf	Vestas V126	4	13,8
Windlandkraft GmbH	Groß-Inzersdorf	Gänserndorf	Vestas V112	3	9,9
Energiepark Bruck	Höflein West I	Bruck an der Leitha	Senvion 3.2M114	3	9,5
Ökoenergie	Untersiebenbrunn	Gänserndorf	Senvion 3.2M114	3	9,5
ImWind	Scharndorf IV	Bruck an der Leitha	Senvion 3.2M114	2	6,3
Summe Niederösterreich				44	138,7
Energie Burgenland	Parndorf VI	Neusiedl am See	Vestas V112/V126	5	16,5
Energie Burgenland	Bruckneudorf	Neusiedl am See	Vestas V117	1	3,3
Aventum GmbH	Zurndorf II Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-101	4	12,2
ImWind	Nickelsdorf Erweiterung	Neusiedl am See	Enercon E-92/E-103	3	7,1
ImWind	Bruckneudorf	Neusiedl am See	Vestas V117	1	3,3
Energiepark Bruck	Bruckneudorf	Neusiedl am See	Vestas V117	1	3,3
Summe Burgenland				15	45,7
Tauernwind	Tauernwind Repowering	Murtal	Vestas V112	9	29,7
Summe Steiermark				9	29,7
Österreich Ende 2017				1.260	2.844,1
Zubau 2018 (Prognose)				68	214,0
Österreich Ende 2018 (Prognose)				1.305	3.018,9

Aufgrund technischer und rechtlicher Erfordernisse sowie aufgrund von Rundungen und dem in der Gesamtsumme berücksichtigten Rückbau sind sowohl für 2017 als auch für 2018 manche Werte rechnerisch nicht direkt nachvollziehbar angegeben.

Klimaschutz-Impressionen

Wo ist der politische Wille für engagierten Klimaschutz in Österreich?

Vernichtendes Urteil für Österreich beim Klimaschutz-Index 2018

Im Rahmen der COP23, der diesjährigen UN-Klimaschutzkonferenz in Bonn (über die selbst nicht wirklich Spannendes zu berichten ist), präsentierte Germanwatch den aktuellen Klimaschutz-Index 2018, in dem die notwendigen politischen Maßnahmen evaluiert werden, die einzelne Staaten in Sachen Klimaschutz umsetzen. 60 Länder wurden erfasst und von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ bewertet. Die Kategorie „sehr gut“ blieb leer, kein Land, so die Autoren, unternehme bisher genug, um den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit deutlich unter 2°C zu halten.

Am besten in der Kategorie „gut“ platziert liegt Schweden wegen seiner niedrigen Emissionen und seiner starken Entwicklung erneuerbarer Energien. Unter den ersten fünfzehn Ländern kommen mit Marokko und Indien nur zwei nicht-europäische Länder vor. Nach Österreich muss man lange suchen – mit der Klimaschutzbewertung „schlecht“ steht Österreich auf Platz 35 gerade noch vor Thailand und Indonesien. Als einzige supranationale Einheit wurde zum ersten Mal die EU bewertet. Sie wurde in der mittleren Kategorie „mäßig“ eingestuft und belegt Platz 21. „Österreich ist noch immer nicht vom Reden zum Handeln gekommen“, kommentiert IGW-Chef Stefan Moidl das Ergebnis und fordert die neue Regierung auf, sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien wieder an der internationalen Spitze zu orientieren.



Link zum PDF:
www.igwindkraft.at/klimaschutzindex2018



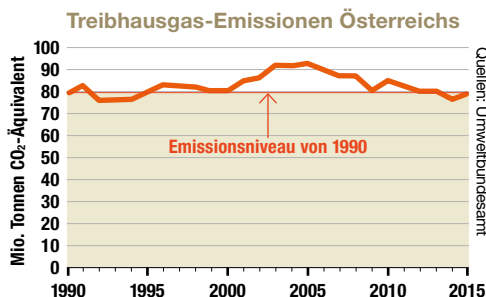
2016 lag der Anstieg der CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre um 50% höher als im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre.

CO₂ in der Erdatmosphäre stieg 2016 im Rekordtempo

Die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre ist 2016 auf ein neues Rekordniveau geklettert. Wie die UN-Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in ihrem jährlichen Greenhouse-Bulletin berichtet, lag der Anstieg im vergangenen Jahr um 50% höher als der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Zwei Faktoren sind laut Wissenschaftlern dafür verantwortlich: die menschlichen Aktivitäten und das Wetterphänomen El Niño. Die WMO warnt vor „schweren ökologischen und ökonomischen Folgen“. 2016 stieg die atmosphärische CO₂-Konzentration auf 403,3 ppm, 2015 waren es noch 400,0 ppm. Bis zu Beginn der Industrialisierung etwa im Jahr 1750 sei die Konzentration mindestens 800.000 Jahre unter 280 ppm geblieben, heißt es in dem Bericht. Den Forschern zufolge gab es eine vergleichbare CO₂-Konzentration auf der Erde das letzte Mal vor drei bis fünf Millionen Jahren in der Mitte des Pliozäns. Das Klima war damals um etwa zwei bis drei Grad Celsius wärmer und der Meeresspiegel um 10 bis 20 Meter höher.

WISSENSWERT

Ein Temperaturanstieg im globalen Mittel um 2°C würde für Österreich einen Anstieg um 4,5°C bis 6,6°C bedeuten.



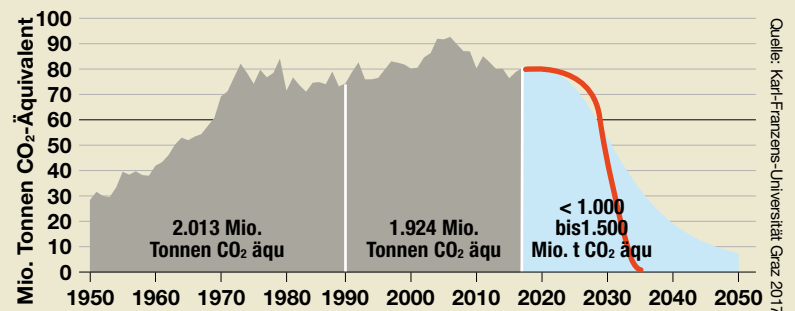
Nullsummen-Spiel

Der aktuelle Klimaschutzbericht des österreichischen Umweltbundesamtes analysiert die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen bis 2015. Die zwischen 2005 und 2014 rückläufige Entwicklung konnte 2015 nicht fortgesetzt werden. Von 2014 auf 2015 sind die Emissionen sogar um 3,2% gestiegen. Vor allem die langfristige Entwicklung erweist sich als ein Nullsummen-Spiel: Mit 78,9 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent lagen die Emissionen 2015 fast exakt auf dem gleichen Niveau wie 1990. Das ernüchternde Fazit lautet: Kein Fortschritt beim Klimaschutz in Österreich in den letzten 25 Jahren. Der ultimative Offenbarungseid für die nicht-existente Klima- und Energiepolitik mehrerer Bundesregierungen. Politiker kommen und gehen, die Emissionen bleiben.

Österreichs CO₂-Budget bis 2035 aufgebraucht

Um den globalen Temperaturanstieg unter 2°C zu halten, müssen wir bis 2050 aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen. Deren Verbrennung setzt CO₂ frei, das mehrere hundert Jahre in der Atmosphäre verbleibt. Deswegen muss der kumulierte Effekt berechnet werden – das sogenannte Treibhausgas-Budget, das die Gesamtmenge der seit Beginn der Industrialisierung von Menschen freigesetzten THG-Emissionen erfasst. Karl Steininger und Lukas Meyer vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel an der Karl-Franzens-Universität Graz haben im Oktober 2017 die Studie „Das Treibhausgas-Budget für Österreich“ vorgelegt. Aus dem global ab 2017 noch verfügbaren Budget haben sie jenes für Österreich abgeleitet. Mit diesem Restbudget von – je nach Berechnungsart – 1.000 bis 1.500 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent müssen wir bis 2050 auskommen und gleichzeitig die Netto-Emissionen bis gegen Null herunterfahren. Wird allerdings das Niveau der derzeitigen Emissionen in den kommenden Jahren beibehalten, haben wir unser Budget schon 2035 aufgebraucht und dürfen bis 2050 gar nichts mehr emittieren. In einem Interview mit dem „Kurier“ kritisierte Studienautor Steininger, dass weder in der öffentlichen Diskussion und noch weniger in der Politik Klimawandel ein Thema ist – obwohl Lösungen längst da wären und die Zeit immer mehr drängt. Die Politik müsse endlich Vorgaben machen. Während etwa in Deutschland die Treibhausgase seit 1990 um 28% reduziert worden sind, liegen die Emissionen in Österreich auf dem Niveau von 1990. Steiniger dazu: „Deutschland hat einen Plan, bis 2050 rund 80% einzusparen, und versucht das auch umzusetzen. Wir diskutieren derzeit zwar ein Ziel bis 2030, weil die EU-Kommission das verlangt, haben aber noch keinen Plan, wie ein Ziel über 2020 hinaus erreicht werden soll.“

Österreichs Treibhausgas-Budget 1950 bis 2050



Um mit dem Restbudget ab 2017 lange auszukommen, müssen die CO₂-Emissionen stark reduziert werden, aber die Politik hat dafür keinen Plan.

Sachverstand und Kompetenz

- Sämtliche Prüfungen, Inspektionen und Gutachten
- Technische Due Diligence und Betriebsführung
- Beratung in allen Stadien eines Windparkprojekts
- Bewertung und Prüfung für den Weiterbetrieb nach dem 20. Betriebsjahr



8.2 WindING Consult

Ing. Christian Szodl

+43 699 1130 3402

1140 Wien, Hüttelbergstraße 127

office@winding-consult.at • www.winding-consult.at

christian.szodl@8p2.at • www.8p2.de



Thema Klimaflüchtlinge

Auf der Flucht vor den Folgen des weltweiten Klimawandels.

Die UNO-Flüchtlingshilfe berichtet, dass sich in den letzten 20 Jahren die Anzahl der Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels in dramatischer Weise verdoppelt hat. In vielen Regionen der Erde hat der fortschreitende Klimawandel das Lebensumfeld vieler Menschen dramatisch verändert. Allein im vergangenen Jahr mussten weltweit über 24 Millionen Menschen auf Grund von Naturkatastrophen ihre Heimatregion verlassen. Zumeist bleiben die Vertriebenen aber Binnenflüchtlinge, wie sie etwa in Afrika in riesigen Camps untergebracht sind, nur ein kleiner Teil sucht und findet den Weg nach Europa.

Ruf nach Klimagerechtigkeit

Bei den derzeitigen Flüchtlingsbewegungen zählen die Auswirkungen des Klimawandels und kriegsähnliche Auseinandersetzungen um Energieressourcen mit zu den Hauptursachen. Auch wenn Österreich allein das Weltklima nicht retten wird, geht es doch darum, dass jedes Land seinen Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels leistet. Da die Klima- und Energiepolitik der österreichischen Regierung de facto inexistent ist, übernimmt die Zivilgesellschaft eine treibende Rolle. Am 27. November 2017 diskutierte eine hochkarätige Expertenrunde diese Themen im Radiokulturhaus Wien.

Spätestens seit der Klimakonferenz in Paris ist die Dringlichkeit des Klimaschutzes ins öffentliche Bewusstsein gerückt. „Der Klimawandel ist schneller vorangeschritten, als wir das noch vor einigen Jahren für möglich gehalten hätten“, berichtet Herbert Formayer,

Professor am Institut für Meteorologie der Universität Wien. „Er ist die langfristige Komponente für Klimamigration.“

Dem pflichtet Gerhard Wotawa, Meteorologe an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), bei: „Das Thema der umwelt- und klimabedingten Migration wird in Zukunft immer bedeutender werden. Durch Überschwemmungen einerseits

„Energieimporte aus politisch instabilen Ländern können mit ein bisschen gutem Willen durch heimische Energien aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse ersetzt werden.“

*Peter Püspök, Präsident
Erneuerbare Energie Österreich*

und Wasserknappheit andererseits wird es zu sozialen Konflikten und großen wirtschaftlichen Problemen kommen.“ Einhellig fordern die Meteorologen deswegen eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Immer stärker in den Fokus rückt der Ruf nach Klimagerechtigkeit, wie ihn auch Michael Bubik, Geschäftsführer der Diakonie Eine Welt, formuliert: „Der Klimawandel verschärft Hunger und Armut und zwingt mehr und mehr Menschen zur Aufgabe ihrer Heimatregion, wie wir es in unseren Projekten vor Ort ständig erleben. Dabei tragen die Betroffenen zum Klimawandel so gut wie gar nichts bei. Die Unterstützung dieser Menschen ist daher ein Gebot der Menschlichkeit.“ Bubik fordert daher, nicht die Menschen, sondern die Ursachen zu bekämpfen.

Das sieht auch Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich, so: „Durch die angespannte Klimasituation und die häufiger auftretenden Naturkatastrophen verschlechtert sich weltweit die Lage für Menschen, die bereits unter schwierigen Bedingungen leben, besonders für Frauen und Kinder. Als Folge davon nehmen Menschenrechtsverletzungen zu. Es geht also um Fairness und Solidarität, es geht um Menschenleben und ein Leben in Würde.“

Kampf um Energieressourcen

Eine weitere wesentliche Ursache für Migration ist der Kampf um Energieressourcen. Die meisten der heutigen Kriege werden um fossile Energien wie Erdöl und Erdgas geführt. Gerade diese liefern vielen terroristischen Gruppen eine lukrative Einnahmequelle und halten so gewalttätige Konflikte am Laufen. Sowohl für die notwendige Senkung der CO₂-Emissionen als auch für die Eindämmung kriegsähnlicher Auseinandersetzungen könnte der forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien ein entscheidender Lösungsansatz sein.

Für Peter Püspök, Präsident des Dachverbandes Erneuerbare Energie Österreich, erfordert die Bekämpfung des Klimawandels vorrangig auch globalisiertes Denken, denn er sagt: „Das Risiko des Klimawandels wird noch immer unterschätzt. Wir haben dafür auch kein adäquates Risikomanagement.“ Erneuerbare Energien könnten für Püspök in vielen Problembereichen helfen, denn: „Wir haben nach wie vor keine Kostenwahrheit. Wenn die fossil-

atomaren Energien die Schäden, die sie verursachen auch bezahlen müssten, hätten wir ein funktionierendes marktwirtschaftliches Instrument, sie loszuwerden. Das wäre volkswirtschaftlich ein echter Kollateralnutzen.“ Für Österreich hieße das: „Energieimporte aus politisch instabilen Ländern können mit ein bisschen gutem Willen durch heimische Energien aus Sonne, Wasser, Wind und Biomasse ersetzt werden. Neben den positiven Auswirkungen auf das Klima verbessern wir damit auch die Handels- und Zahlungsbilanz.“

Erneuerbare Energien als Lösungsansatz

Um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, muss die Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten zur Gänze auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Dass das möglich ist, berichtet Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft: „Von 114 für den Renewables Global Futures Report befragten internationalen Energieexperten können sich 70% vorstellen, dass der weltweite Energieverbrauch bis 2050 zu 100% mit erneuerbaren Energien bereitgestellt wird. Je schneller wir den Umstieg auf eine CO₂-freie Gesellschaft schaffen, desto mehr helfen wir auch mit, dass die Klimaflucht nicht noch weiter zunimmt und viele Menschen ihr Zuhause nicht verlassen müssen. Österreich muss daher auch andere Regionen der Erde auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien mit Technologien, Know-how, Aufbau und Finanzierung verstärkt unterstützen. Im Inland erfordert dies einen raschen und starken Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Unterstützung dafür kommt aber hauptsächlich aus der Bevölkerung, da muss die Politik in den kommenden Jahren endlich nachziehen.“ ●

Zum Nachhören: Podiumsdiskussion „Klimaflucht durch Klimawandel“ online unter:
www.igwindkraft.at/klima-flucht

Zum Nachlesen: „Klimakrise und Migration“, Global 2000 Report, als PDF:
www.igwindkraft.at/global_report



Hochkarätige Podiumsdiskussion „Klimaflucht durch Klimawandel“: Moderator Günther Strobl, Der Standard; Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich; Michael Bubik, Geschäftsführer der Diakonie Eine Welt; Herbert Formayer, Professor am Institut für Meteorologie der Universität Wien; Gerhard Wotawa, Meteorologe an der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) und Obmann des Climate Change Centre Austria (CCCA); Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher von Global 2000; Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft; Peter Püspök, Präsident des Dachverbandes Erneuerbare Energie Österreichs.

schwarz auf w_eis

... unsere Eisfall-Risikogutachten

- **Standortspezifische Simulation von Gefährdungsbereichen und in weiterer Folge Möglichkeit zur Unterschreitung der Faustformel BSH + 20%**
- **Standardspezifische Konzeption von Maßnahmen zur Einhaltung von Risikogrenzwerten**
- **Erstellung der Gutachten auf dem Stand der Wissenschaft (Mitarbeit im IEA Task 19 – Cold Climate)**

Energiewende im Faktencheck

**Recherchierte Daten und Fakten
widerlegen hartnäckig behauptete Mythen.**

Daten, Fakten, Argumente – klare Wegweiser in der klima- und energiepolitischen Diskussion, die nur allzu oft von emotionalen, aber unbeweisbaren Behauptungen überlagert wird. Der Klima- und Energiefonds und Erneuerbare Energie Österreich haben ihren „Faktencheck Energiewende“ aktualisiert und räumen darin mit vielen Mythen auf. Inhaltlich wurde der Faktencheck vom Klima- und Energieexperten Georg Günsberg ausgearbeitet. In zehn komprimierten Kapiteln zeigt der Faktencheck auf Basis internationaler Studien wirtschaftliche und ökologische Trends und entkräftet die gängigsten Mythen rund um die Energiewende.

Rasches Handeln erforderlich

Der wohl gefährlichste Irrglaube geht davon aus, dass sich das Klimaproblem dank neuer Technologien in einigen Jahren wie von selbst lösen wird. Der Klimaschutz ist aber keine reine Technologiefrage, sondern steht für einen tiefgreifenden Strukturwandel unserer Gesellschaft – mit der Chance auf eine fairere Welt. Aber Selbstläufer ist die Energiewende keiner. Davor warnt das global verbleibende CO₂-Budget, das ohne zusätzliche Klimaschutzanstrengungen in 15 bis 20 Jahren ver-

braucht sein wird. Aus diesem Grund ist auch ein weiterer Mythos nicht haltbar, dass nämlich die erneuerbaren Energien weiterhin nur eine Randerscheinung am Energiemarkt bleiben werden.

Seit Jahren unterschätzen die Prognosen internationaler Energiebehörden für den Zuwachs erneuerbarer Energien die Technologieentwicklung massiv, regelmäßig werden diese weit übertroffen. Die Energiewende ist mittlerweile ein Weltmarkt mit großem wirtschaftlichen Potenzial, wie auch Peter Püspök, Präsident Erneuerbare Energie Österreich, nachdrücklich betont: „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind Wachstumsmärkte mit großer Perspektive. Österreich hat große Chancen, in diesem globalen Markt mitzuspielen, wenn es uns gelingt, neue Marktregeln zu schaffen und die Ungerechtigkeiten zu Gunsten bestehender fossiler Kraftwerke zu beseitigen.“

Ein gangbarer Weg, dies möglichst rasch zu erreichen, wäre die Einführung von CO₂-Steuern. Dass dies nur im EU-Gleichklang möglich sei, ist ein weiterer zu entlarvender Mythos. Implizite CO₂-Steuersätze (die alle CO₂-relevanten Energiesteuern erfassen), wie sie in der Stromerzeugung pro Tonne CO₂ etwa schon in Dänemark 606 Euro, den

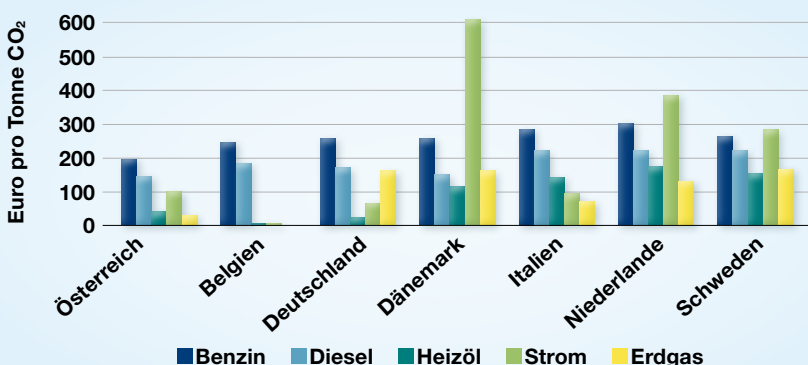
Niederlanden 383 Euro oder in Schweden 282 Euro ausmachen, würden im Zuge einer Umschichtung auf ein ökologisches Steuersystem das Steueraufkommen insgesamt nicht erhöhen.

Politischer Mut notwendig

Offensichtlich falsch ist auch die Annahme, dass die flächendeckende Elektromobilität noch in weiter Ferne liege. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, wie Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, skizziert: „Die Elektromobilität wird zum Treiber der erneuerbaren Energiewende werden, vorausgesetzt der dafür benötigte Strom stammt aus Ökostromanlagen. Betrachtet man den gesamten Fahrzeug-Lebenszyklus, emittieren Elektroautos bei heimischem Stromerzeugungsmix 70 bis 90% weniger Treibhausgas als fossil betriebene Kfz.“

Für die Energieexperten stellt sich längst nicht mehr die Frage, wie die Energiewende zu schaffen ist – das Wie ist definitiv geklärt, die neuen Technologien stehen bereit. Fraglich ist, ob und wann die Politik den Mut und die Geistesgegenwart aufbringt, sich vom fossil-atomaren Komplex ein für allemal zu verabschieden. Das gilt für Europa genauso wie für Österreich. ●

Implizite CO₂-Steuersätze in ausgewählten EU-Ländern



EU-Länder wie Dänemark, Niederlande oder Schweden haben bereits CO₂-Steuern für die Stromerzeugung eingeführt, um Lenkungseffekte zu erzielen.

Quelle: Faktencheck Energiewende 2017/2018 auf Datenbasis WFO und EU-Kommission 2017



Als Druckversion bestellen:

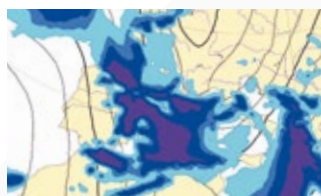
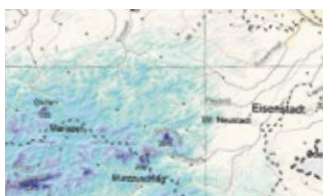
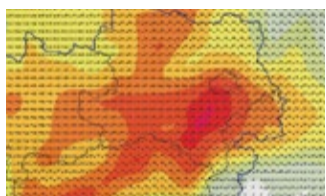
office@klimafonds.gv.at

Als PDF online unter:

www.faktencheck-energiewende.at



Ihr kompetenter Partner
in allen meteorologischen Belangen



zamg.ac.at | windpower@zamg.ac.at | tel.: +43 1 36026 2204

Messung

- Vertikalprofil mittels SODAR/RASS
- Wind, Turbulenz, Temperatur

Bewertung

- Ertragsgutachten und Optimierung
- Standsicherheit, Turbulenzintensität, Extremwind
- Eisansatz und Vereisungshäufigkeit
- Windpotenzial

Prognose

- Intra-Day, Day-Ahead und 7-Days
- Wind in Nabenhöhe
- Ertrag
- Vereisungspotenzial



ZAMG
Zentralanstalt für
Meteorologie und
Geodynamik

**INVESTMENT
MIT ZUKUNFT**
Ich bin dabei!

**WINDPARK
GROSSENGERSDORF**

**3% WIND-
KRAFT
ANLEIHE***

* 3% p.a. plus
ertragsabhängigem
Zinszuschlag von bis zu
2% p.a.

**Nachhaltige Kapitalanlage in den Windpark Großengersdorf.
Jetzt Informationen anfordern www.oekoenergie-grossengersdorf.at**

Diese Information dient Werbezwecken in Österreich. Das Angebot der qualifiziert nachrangigen Orderschuldverschreibung der ÖKOENERGIE WP Großengersdorf GmbH in Österreich erfolgt ausschließlich durch und auf Grundlage des von der Finanzmarktaufsicht am 19. September 2017 gebilligten und veröffentlichten Basisprospekts samt allfälliger Nachträge und der endgültigen Bedingungen der Anleihe. Zu den darin beschriebenen Risiken zählt der Totalverlust des Kapitals und die Schwierigkeit, Teil-schuldverschreibungen (mangels Börsehandel) zu veräußern: Ein von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht gemäß Anlage F in Verbindung mit § 7 Abs 8a des Kapital-marktgesetzes gebilligter vereinfachter Prospekt ist am Sitz der ÖKOENERGIE WP Großengersdorf GmbH erhältlich. Des Weiteren bietet die Emittentin Anlegern auf der Web-site www.oekoenergie-grossengersdorf.at die Möglichkeit an, den Prospekt sowie dessen Anlagen (www.oekoenergie-grossengersdorf.at/downloads/prospekt.pdf) herunter-zuladen. Das Angebot von Schuldverschreibungen der ÖKOENERGIE WP Großengersdorf GmbH erfolgt ausschließlich auf Grundlage des vereinfachten Prospekts.

ÖKOENERGIE WP Großengersdorf GmbH, Resselstraße 16, 2120 Obersdorf, info@oekoenergie-grossengersdorf.at

IGW für Mitglieder

Exklusive Angebote zur Vernetzung der heimischen Windbranche.



Europäische Sturmwarnung

12.-15. September 2017, Husum
Nicht nur der nordfriesische Sturm Sebastian blies Mitte September den zahlreichen TeilnehmerInnen der IGW-Exkursion nach Husum um die Ohren. Beherrschendes Thema der Messe waren die in vielen europäischen Ländern geänderten Rahmenbedingungen für die Windkraft. Allen voran Deutschland – für das Jahr 2019 wird beim Ausbau ein Einbruch um mehr als die Hälfte erwartet. Diese dramatische Entwicklung wird auch die Umsätze österreichischer Zulieferer am EU-Markt treffen.



Voneinander lernen

10. Oktober 2017, St. Pölten
2016 startete die IG Windkraft die Branchenplattform als neues Format der bisherigen Firmenbeiratsitzungen und Betreiberforen. Zweimal im Jahr bietet diese ganztägige Veranstaltung der Branche die Möglichkeit, sich konzentriert über die neuesten Entwicklungen auszutauschen, sich besser zu vernetzen und voneinander zu lernen.



Entspannter Erfahrungsaustausch

28.-30. November 2017, Amsterdam
Auch bei der WindEurope Conference & Exhibition 2017 in Amsterdam war die IG Windkraft vertreten. In Kooperation mit Advantage Austria, der Handelsabteilung der österreichischen Botschaft in Den Haag, lud sie abends zum gemeinsamen Meet&Greet ein. Entspannter Erfahrungsaustausch stand dabei an erster Stelle.

Workshops und Seminare

Mitglieder der IG Windkraft haben bevorzugten und kostengünstigen Zugang zu Workshops und Seminaren, in denen aktuelle Fragen rund um die Planung und den Betrieb von Windkraftanlagen sowie zu Grundlagen der Windenergie kompetent behandelt werden.



Langzeitplanung

25.-28. Sept. 2018, Hamburg

Bald stehen die neuen Kalender auf den Schreibtischen, deshalb bitte gleich notieren: Die IGW-Exkursion 2018 führt wieder nach Hamburg, wo im September die WindEnergy, die Leitmesse der weltweiten Windindustrie, gemeinsam mit der WindEurope-Konferenz zum ersten Mal den Global Wind Summit abhalten wird. Damit soll unterstrichen werden, dass die Windenergie ihren weltweiten Durchbruch geschafft hat und nun in über 90 Ländern zur Stromerzeugung genutzt wird.

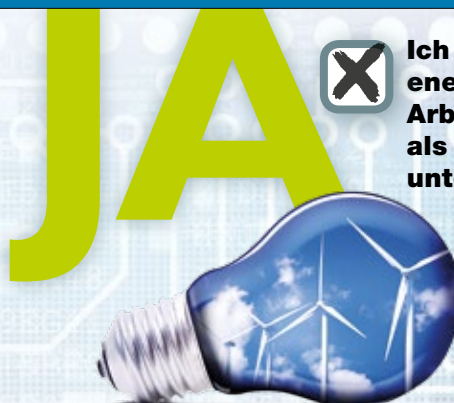


Die IG Windkraft bietet eine 2-tägige Exkursion inkl. Reise mit dem Nachtzug und 2 Übernachtungen im „Motel One Hamburg am Michel“ an. Information und Buchung bei Angela Raberger: a.raberger@igwindkraft.at (auch Eigenanreise möglich!)

Mitglied werden!

Derzeit unterstützen mehr als 1.900 Mitglieder die Arbeit der IG Windkraft. Die beteiligten Unternehmen repräsentieren die gesamte Wertschöpfungskette und mehr als 90% der in Österreich installierten Windkraftleistung. Helfen auch Sie den Umstieg von fossilen und atomaren Stromerzeugungsformen hin zu sauberen, unerschöpflichen erneuerbaren Energien voranzutreiben und werden Sie Mitglied der IGW.

www.igwindkraft.at/mitglied



Ich möchte die energiepolitische Arbeit der IG Windkraft als Vereinsmitglied unterstützen.

Porträt Wind-Menschen

Die Familie, die den Windradler-Wein herstellt.



Am Prinzendorfer Familien-
weingut sind neben Johanna
und Franz Traxler jun.
noch zwei weitere
Generationen
beteiligt.

In der Serie „Wind-Menschen“ stellen wir Ihnen Johanna und Franz Traxler vor, die mit ihrem Windradler-Wein Werbung für die Windkraft machen.

In welcher Weise seid ihr als Ortsansässige von den umliegenden Windparks betroffen?

Franz (F): In der Bauphase war hier rund um Prinzendorf natürlich ziemlich viel Betrieb und es gab einige Unruhe im Feld. Seit die Windparks stehen, ist jetzt wieder alles ganz ruhig. **Johanna (J):** Am Anfang gab es natürlich einige Leute, die besorgt waren, weil alles Neue verunsichert. Aber schon in der Planungsphase wurden wir von den Betreibern sehr gut informiert, und jetzt haben sich die Prinzendorfer ganz gut mit den Windparks angefreundet. **F:** Und auch die Tiere. Ich bin Jäger und sehe vor Ort, dass sich die Tiere nicht beeinträchtigt fühlen. Die Rehe äsen auf der Grünbrache direkt bei den Windrädern und die Hasen hüpfen dort herum. Im Normalbetrieb sind die Windräder für das Wild überhaupt kein Thema, da es sich daran gewöhnt hat.

Ihr betreibt ein „Familienweingut“. Warum dieser Name?

F: Schon meine Urgroßeltern hatten einen Weinbaubetrieb. Ich bin seit 1993 auch anderwärtig berufstätig. Alle zusammen arbeiten wir aber im gemischten landwirtschaftlichen Betrieb mit, und davon bewirtschaften wir 3,5 Hektar Weingärten. Als vor ein paar Jahren mein Vater, Franz senior, schon über 60 war, hat er überlegt: Was wird mit dem Betrieb geschehen? **J:** Aber da hat Rafael, der jüngere unserer beiden Söhne, er war damals 13 Jahre alt, gesagt: „Opa, den Betrieb könnt ihr nicht aufgeben. Ich versprech dir, ich mach die

Weinbauschule in Mistelbach. Ich will Weinbauer werden genauso wie du.“ Welcher Opa kann da widerstehen?

Und hat er sein Versprechen gehalten?

F: Ja, das hat er. Derzeit absolviert er zusätzlich den Lehrgang Weinmanagement an der Weinbauschule Krems. Meine Frau Johanna und ich führen jetzt den Betrieb und bauen ihn weiter auf. Während seiner Ausbildung ist Rafael aber schon mit großer Begeisterung am Hof im Einsatz und mischt bei jeder Entscheidung kräftig mit. **J:** Unsere beiden Söhne Patrick und Rafael waren immer im Betrieb mit dabei und sind damit groß geworden. Das Familienweingut funktioniert nur, wenn jeder seine Position kennt. Unsere liebe Schwiegertochter Stefanie und meine Schwiegereltern Franz senior und Gertrude, die Gott sei Dank noch sehr rüstig sind, helfen tatkräftig mit.

Reden wir über euren Windradler-Wein: Wie seid ihr auf diese Idee gekommen?

J: Ja, weil doch einige Leute versucht haben, Stimmung gegen die Windräder zu machen. Wir erleben aber, dass wir durch sie überhaupt keine Nachteile haben, und wollen damit auch ein positives Zeichen für die Windkraft setzen, da wir ihre Vorteile sehen. Und so ist das eine gute Werbung für die Windkraft und auch für uns.

Haben die Windräder auch für euch persönlich etwas Gutes?

J: Beim Bau der Windparks sind Stromleitungen in die Erde verlegt worden. Früher gingen die Freileitungen direkt über unsere Weingärten, und im Herbst sind dort jede Menge Stare gegessen,

die uns viele Weintrauben weggefressen und großen Schaden angerichtet haben. Die sitzen jetzt in weiter entfernten Wäldern und kommen nur mehr selten her. **F:** Die Windräder selbst sind uns gute Wetterhähne für die Arbeit auf den Feldern und im Weingarten. An ihnen orientieren wir uns, woher der Wind weht, und wissen dann, wo wir an dem Tag den Boden bearbeiten oder düngen oder den Pflanzenschutz durchführen können, ohne dass der Wind unsere Arbeit beeinträchtigt.

Was genau ist jetzt der Windradler-Wein?

F: Das ist ein typischer Weinviertler Grüner Veltliner, der mit wenig Restzucker und wenig Säure ausgebaut wird. Bewusst ist das aber kein DAC-Veltliner, wie man ihn kennt. Der Windradler ist fruchtig, hat ein volles Bukett, und das typische Pfefferl darf natürlich nicht fehlen. **J:** Das Bild auf der Etikette ist unserem tatsächlichen Landschaftsbild nachgezeichnet, wo man die Windräder hinter unserem Weingarten sieht. Wir wollen damit auch zeigen, dass sich Windräder und Landwirtschaft gut vertragen. Mittlerweile haben wir den Windradler auch patentieren lassen.

Euer Wein ist ja auch in der Windbranche mit Genuss aufgenommen worden.

F: Das ist richtig und freut uns sehr. Voriges Jahr hat die Windkraft Simonsfeld im Rahmen ihrer damaligen Generalversammlung unseren Windradler als Unternehmenswein für das Jahr 2016 vorgestellt. Die Veranstaltung war für uns ein großer Erfolg, der Windradler hat großen Anklang gefunden und wir selbst konnten viele neue und sehr angenehme Menschen kennenlernen. ●

Energie

Nachrichten

● Energiezukunft trifft jungsteinzeitliche Vergangenheit

Bei den Fundamentarbeiten im neuen EVN-Windpark in Sommerein im Bezirk Bruck an der Leitha wurden Überreste einer frühzeitlichen Siedlung entdeckt. Deswegen ist jetzt auch das Team der ARGIS Archäologie Service GmbH auf der Baustelle im Einsatz. Geschäftsführer Gerald Fuchs ist begeistert: „Allein im Areal des Turmfundaments befinden sich rund 220 Objekte, die zum größten Teil der Jungsteinzeit angehören.“ Das Highlight: „In einer jungsteinzeitlichen Grube ist ein zwei- bis fünfjähriges Kind bestattet worden – das war vor etwa 7.400 Jahren! Es handelt sich um einen außergewöhnlichen Fund.“ EVN-Projektleiter Stefan Sauermann meint dazu: „Natürlich bedeutet ein solcher Fund einen zusätzlichen Koordinations-

aufwand, aber schließlich geht es hier um die Sicherung von einmaligen historischen Fundstücken.“ Dennoch wird der Windpark wie geplant Anfang 2018 in Betrieb gehen.

● Rekord bei heimischer Windstromproduktion

Montag, der 23. Oktober 2017, war ein historischer Tag für die österreichische Windkraft. Die Gesamtheit aller Windkraftwerke konnte 33% der Stromversorgung mit Windstrom decken – das ist die höchste, je an einem Tag gemessene Windstromerzeugung in Österreich. „Mit 55 GWh konnte so viel Windstrom an einem Tag erzeugt werden wie noch nie zuvor“, freute sich IGW-Chef Stefan Moidl. Aber er weiß auch: „Das ist leider nur eine Momentaufnahme. Im europäischen Kontext fällt Österreich immer weiter hinter andere Länder zurück.“ Über das ganze Jahr 2017 betrachtet liefert Windstrom rund 10% des österreichischen Stromverbrauchs, während es in Ländern wie Dänemark fast 40%, in Irland fast 30%, in Portugal, Spanien und Zypern rund 20% sind.



ARGIS-Archäologin Cornelia Lenz und EVN-Projektleiter Stefan Sauermann sind von den außergewöhnlichen jungsteinzeitlichen Funden schwer beeindruckt.

● Österreich prüft Klage gegen das Atomkraftwerk Paks

Als eine seiner letzten Amtshandlungen als Bundeskanzler lässt Christian Kern eine Klage gegen die Erweiterung des ungarischen AKW Paks prüfen. Grund dafür ist die aktuelle Entscheidung der EU-Kommission, die die staatliche Finanzierung des Kraftwerks durch den ungarischen Staat für zulässig erklärt. „Ich lehne den Ausbau des Atomkraftwerks Paks strikt ab. Nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch energiepolitisch und wirtschaftlich macht dieser Ausbau keinen Sinn“, so Kern. „Selbst die EU-Kommission kommt in ihrer Einschätzung zu dem Schluss, dass ein Ausbau dieses Atomkraftwerks ohne massive staatliche Subventionen niemals wirtschaftlich wäre.“

● Prangl feiert 50 Jahre Firmengeschichte

Anfang 2017 hat das Kran- und Schwertransportunternehmen Prangl seinen Hauptsitz von Niederösterreich nach Wien-Liesing verlegt, wo auf einem Gesamtareal von rund 67.000 Quadratmetern südlich des Großgrünmarktes ein moderner Logistikkomplex errichtet wurde. Im neuen Headquarter wurde nun auch das 50-jährige Firmenjubiläum gefeiert. Im Lauf seiner Geschichte hat sich der ursprüngliche Familienbetrieb zu einer internationalen Firmengruppe entwickelt. Mit insgesamt 17 Standorten in Österreich, Ungarn, Slowenien, Kroatien und der Slowakei sowie Einsatzgebieten in ganz Europa gehört Prangl zu den erfolgreichsten Unternehmen der Branche.

PROFESSIONAL

PROFES

ENERGY SERVICES

ERNEUERBARE
ENERGIEN

WINDENERGIE
PHOTOVOLTAIK

PROFESSIONAL ENERGY SERVICES GMBH
A-1160 WIEN • LERCHENFELDER GÜRTEL 55A/1
TEL +43 (0)1 486 80 80-0 • FAX +43 (0)1 486 80 80-99
OFFICE@PROFES.AT

TECHNISCHES BÜRO

efficient
renewable
energy





Gesamtsieger Michael Schötzer erhält von Benevento-Geschäftsführer Stefan Hantsch einen Enercon-Solar-Rucksack.

● GewinnerInnen des Windrad-Schraubenweitwurfs

Unter über 500 TeilnehmerInnen wurden die GewinnerInnen des Windrad-Schraubenweitwurfs 2017 ermittelt. Das reale Kräfteressen mit den 4 kg schweren und 42 cm langen Schrauben, wie sie beim Bau von Windrädern eingesetzt werden, gewann Michael Schötzer aus Kapelln, NÖ, der 15,8 m schaffte. Die Damenwertung entschied Eva Jandrisits aus Parbasdorf, NÖ, mit 9,2 m für sich. Sieger in der virtuellen Welt beim Smartphone-Spiel „Windrad-Schraubenweitwurf“ wurde Michael Friedrich mit sensationellen 102 m. Der Windrad-Schraubenweitwurf wurde mit Exklusiv-Partner Enercon und den Medienpartnern NÖN und BVZ durchgeführt.

● Zeitung „Ökoenergie“ jetzt auch für IGW-Abonnenten

Sprachrohr für alle Erneuerbaren und die Energiewende in Österreich ist die Zeitung „Ökoenergie“, herausgegeben vom Österreichischen Biomasse-Verband. Soeben wurden Layout und Format der „Ökoenergie“ generalüberholt,

ein passender Anlass für die IG Windkraft, dieses partnerschaftliche Projekt tatkräftig zu unterstützen. Ab sofort erhalten alle Abonnenten der IGW-Zeitung „Windenergie“ auch die „Ökoenergie“ ins Haus geliefert – und das absolut gratis. Denn die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Potenziale aller erneuerbaren Energien genutzt werden und sich gegenseitig ergänzen.

● Lukas Pawek / Franz Spreitz: „Autarkie – Leben in Freiheit“

Seit zwanzig Jahren lebt Franz Spreitz mit seiner Familie in einem völlig stromautarken Haus. Auch IGW-Mitarbeiter und oekonews-Herausgeber Lukas Pawek hat sich seinen Traum von einem 100% energieautarken Wochenendhaus erfüllt. Gemeinsam haben sie jetzt ein Praxis-Handbuch vorgelegt, das Schritt für Schritt den Weg zur eigenen Energieautarkie beschreibt – mit seit Jahren getesteten und im täglichen Einsatz befindlichen Produkten sowie konkreten Handlungshinweisen.



**Ab sofort zu bestellen
als e-Book oder gedruckt unter:
energieautark.wordpress.com**



// Due Diligence von Windparks und PV-Anlagen // Technische Beratung und Prüfungen aller Art // Schadens- und Wertgutachten // Bewertung und Prüfung zum Weiterbetrieb (BPW) // Zustandsorientierte und wiederkehrende Prüfung // Werks- und Garantieabnahme // Bauüberwachung // Videoendoskopie // Schwingungsanalyse // Online-Condition-Monitoring (CMS) // Fundamentkontrolle // Rotorblattprüfungen // Unterstützung bei Vertragsverhandlungen // Consulting Offshore //...

www.8p2.de

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25 MEDIENGESETZ

windenergie  Nr. 87 – Dezember 2017

Blattlinie: Informationen über Nutzen und Nutzung der Windenergie und anderer Formen erneuerbarer Energie

Medieninhaber und Herausgeber: Interessengemeinschaft Windkraft, Wienerstraße 19, A-3100 St. Pölten, Tel: 02742 / 21955, Fax: 02742 / 21955-5, E-Mail: igw@igwindkraft.at, Internet: www.igwindkraft.at

Erscheinungsort und Verlagspostamt: 3100 St. Pölten

Aufgabepostämter: 1150 Wien, 1000 Wien; P.b.b.

Redaktion: Mag. Gerhard Scholz, Mag. Stefan Moidl, Mag. Martin Fliegenschnee-Jaksch, DI (FH) Katharina Hochecker, Ing. Lukas Pawek, Florian Maringer

Produktion: Mag. Gerhard Scholz

Art Direction: Levent Tarhan (www.atelier-lev.com)

Druck: Gugler GmbH, Melk, www.gugler.at
DVR: 075658 © IG Windkraft / Alle Rechte vorbehalten.

Hergestellt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“. Gugler GmbH, UWNr. 609

Fotos: 1 Paul Grecaud / welcomia / imagevixens (123rf) | Wien Energie / Ian Ehm | Lane Erickson / lassedesigns (Fotolia) | Bronte/Rahmstorf | nimfuehr-kollektivfischka (4) 2 IGW 3 EU-Parlament 5-6 Jörg Farys / BUND 8 Paul Grecaud / 123rf | Bärbel Högner 10 Paul Langrock / Greenpeace | Universe.dk | Energie Steiermark | nimfuehr-kollektivfischka (2) | Bronte/Rahmstorf 11 Astrid Knie | kollektivfischka | AAE Naturstrom | IGW 12-13 Sky Media 14 Gina Sanders / lightpoet (Fotolia) 16 Jakob Dall / Danish Red Cross | IGW 20 IGW (4) | Nmedia / Fotolia 21 Traxler 22-23 EVN / Michael Schreiber | IGW



IG WINDKRAFT
IN DEN
**SOZIALEN
MEDIEN**

facebook
facebook.com/igwindkraft

twitter
twitter.com/igwindkraft

Instagram
instagram.com/igwindkraft

8.2 INGENIEURBÜRO WINDENERGIE

DI Christof Flucher
Joh.-Freumbichler-Weg 3
5020 Salzburg
T +43 664-405 36 87
F +43 662-64 98 42
christof.flucher@8p2.at

8.2 Group e.V.

Tjüchkampstr. 12
26605 Aurich
Deutschland
T +49 49 41-604 44-100
info@8p2.de

Der österreichweite Partner für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft

NATURKRAFT bietet Ihnen die Möglichkeit, Ihre Stromerzeugung aus Windkraft am freien Markt zu verkaufen.

Neben hoher Flexibilität in der Vertragsgestaltung bietet Ihnen **NATURKRAFT** eine garantierte Abnahme zu attraktiven Preismodellen.

Dazu verfügt **NATURKRAFT** über ein langjähriges Know-how.

Als zuverlässiger Partner bietet Ihnen **NATURKRAFT** folgende Leistungen und Services:

- Erledigung sämtlicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Stromvermarktung in einem 24/7-Betrieb.
- Maßgeschneiderte Preisvarianten entsprechend dem Risikoappetit des Erzeugers.
- Regelung und Steuerung der Windkraftanlagen mit Vergütung der angefallenen Ausfallsarbeit.
- Energiewirtschaftliche Analysen und Monitoring der Marktentwicklung.
- Lieferung des Strombezuges aus dem öffentlichen Netz für den Kraftwerkseigenverbrauch.

Wenn Sie Interesse an einer optimalen Lösung für die Vermarktung Ihrer Stromerzeugung aus Windkraft haben, setzen Sie sich kostenlos und unverbindlich mit uns in Verbindung.

Ihr **NATURKRAFT**-Team